

Weitreichende Entscheide

Beschlüsse für die Zukunft des Landes zu fassen, ohne dabei an die Wahlen vom 23. Oktober zu denken, fällt nicht allen Ratskolleginnen und -kollegen leicht. Dennoch wurden einige zukunftsträchtige Entscheide gefällt. Manchmal sind Wahlen auch ein Katalysator für gute Resultate. Allerdings nicht immer.

Ressourcen- und Lastenausgleich gerettet

Nun ist er korrigiert, der ursprüngliche Entscheid des Nationalrats zum Ressourcen- und Lastenausgleich. Die Kleine Kammer rückte als Zweitrat den Verteilmechanismus wieder so zurecht, dass auch künftig die grossen Agglomerationen und Zentren gleich viel erhalten wie die Berg- und Randgebiete. Der Nationalrat hatte noch in der Frühjahrssession die zusätzlichen Mittel, die aus der Neueinschätzung des Neuen Finanzausgleichs resultieren, einseitig den Agglomerationen zugesprochen. Aber diese liegen in Kantonen, die mit den Zentrumslasten allein zurecht kommen. Keiner von ihnen hat sich jedenfalls seither finanziell verschlechtert. Das hat der Stände-

rat richtig beurteilt. Nur einen Tag später sah dies auch der Nationalrat ein und übernahm die Korrektur. Dies ist ein nicht hoch genug einzuschätzendes Bekenntnis zur Solidarität und zur Verlässlichkeit im freundeidgenössischen Miteinander.

Energiewende eingeläutet

Einen wegweisenden Entscheid hat der Nationalrat in der Energiepolitik gefällt. Die Atomausstiegsdebatte zeigte zwar nicht wenige Einfärbungen durch den herrschenden Wahlkampf: Bei den Grünen und Linken, die den sofortigen Ausstieg fordern, bei den Rechtsbürgerlichen, die die Atomlobby nicht verärgern wollen, und aus lokalpolitischen Gründen auch bei einigen Exponenten der Mitte. Aber immerhin besteht nun Klarheit darüber, wohin die Reise gehen soll. Allerdings steht noch längst nicht fest, welche Konsequenzen uns im Detail erwarten und ob die Gesellschaft auch bereit sein wird, sie zu tragen. Um die Aufgabe der Atomenergie, die 40 Prozent des Strombedarfs unseres Landes deckt, mit den wirtschafts-, klima-, umwelt-, raum-

ordnungs- und sogar europapolitischen Zielen in Einklang zu bringen, bedarf es mehr als einer kurzfristig auf Wahlinteressen schielenden Politik. Das Wallis als Kanton der erneuerbaren Energien bekommt zwar neue Chancen. Aber auch neue Herausforderungen. Eine davon wird die dringend notwendige Sanierung und Erweiterung des Hochspannungsnetzes sein. Dort kämpfen etliche Gemeinden im Ober- und im Unterwallis um die Erdverlegung der Übertragungsleitung. Welchen Einfluss die neue Energiepolitik darauf haben wird, wissen wir noch nicht. Vorsorglich habe ich im Rat einen Vorstoss zur Beschleunigung dieser Angelegenheit deponiert.

Angriff auf die Demokratie

Ebenfalls ein Entscheid von grosser Tragweite birgt die Nichtwahl des Bundesanwalts. Nicht so sehr wegen der Person von Erwin Beyeler, dessen Qualifikationen zu diesem Amt man so oder so sehen kann. Wohl aber wegen der Art und Weise, wie namentlich die SVP dieses Geschäft zu einer Abrechnung mit der Justiz

missbrauchte. Die Art und Weise, wie der Bundesanwalt von den SVP-Sprechern demontiert wurde, ist ein Angriff auf das Amt, nicht auf die Person. Der Machtrieb dieser Partei nimmt berlusconische Züge an. Sie scheut sich nicht davor, die Gewaltentrennung – Fundament jeder Demokratie – zielstrebig zu untergraben. Die SVP, so ist man nach dem Wahlprozedere in der Vereinigten Bundesversammlung versucht zu sagen, steht nicht für, sondern gegen Demokratie. Eine weitere Verpolitisierung der Justiz darf aber nicht geduldet werden. Wir werden im Parlament bei der Auswahl des künftigen Bundesanwalts darauf achten müssen. Und wir werden uns genau überlegen, wie wir die Justiz vor solchen politischen Angriffen schützen wollen.



Nationalrätin Viola Amherd